

# sozialdemokratischer SPD pressedienst

P/XXIX/138

24. Juli 1974

Die Erfahrungen der Alten nutzen

-----  
Berufung und Aufgaben des Seniorenrates der SPD

Seite 1 / 41 Zeilen

Ein neuer Anfang für die Demokratie

-----  
Das plötzliche Ende der Militär-Junta in Griechenland

Seite 2 und 3 / 60 Zeilen

Großes Interesse an wissenschaftlichem Austausch

-----  
Delegationen der Deutschen Forschungsgemeinschaft  
in Polen und Rumänien

Von Dr. Carl-Heinz Schiel

Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Seite 4 und 5 / 100 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussalleen 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhause I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

## Die Erfahrungen der Alten nutzen

---

### Berufung und Aufgaben des Seniorenrates der SPD

Die SPD hat sich mit ihrem Seniorenrat kein neues statuarisches Gremium geschaffen, das etwa Beschlüsse fassen und auf deren Realisierung drängen könnte. Dieser Rat der Alten soll die Erfahrungen nutzbar machen, die seine Mitglieder über Jahrzehnte hinweg in der aktiven Arbeit für die Sozialdemokratie persönlich und als Politiker gesammelt haben und die bisher oft unbeachtet geblieben sind. Der Seniorenrat, der einige Male im Jahre zusammentreten soll, wird der Partei für gutachtliche Äußerungen zu eher grundsätzlichen Fragen zur Verfügung stehen und er soll sich auch aus eigener Initiative selbst zu Worte melden, wenn gebotener Anlaß dazu gekommen sein sollte.

Der Rahmen der Berufung und der Aufgaben dieses Rates ist also recht weitgespannt. Die Senioren der Partei werden erbetenen oder von ihnen initiierten Rat geben, sie werden auch mahnen, wenn sie das für nötig halten, und sie werden sogar warnen, wenn ein solches Alarmzeichen erforderlich sein sollte. Die Senioren sind sich aber von vorneherein klar und einig darüber, daß sie sich mit ihren Wortmeldungen rar machen müssen, wenn ihre Aussage Gewicht behalten soll, und daß ihr Beitrag, wie Rats-Vorsitzender Prof. Carlo Schmid mit besonderem Nachdruck hervorhob, nicht in Besserwisserei ausufern darf, um die Positionen innerhalb der Partei nicht zu verschieben. Die Verantwortung für den Weg und für das Tätigwerden der Partei liegt bei den Parteitagern, und in der Zwischenzeit beim gewählten Vorstand. Das gilt im Übrigen allgemein.

Bis auf weiteres zeichnen sich nach dem Vorschlag des Parteivorsitzenden für den Aufgabenrahmen des Seniorenrates zwei größere Bereiche ab. Zum einen soll das historische Wissen seiner Mitglieder für die in Arbeit befindliche Geschichte der Partei unmittelbar genutzt werden. Zum anderen sollen sie aus eben diesem Wissen und aus ihren Erfahrungen einen aktiven Beitrag zu der durch die Initiative Willy Brandts in Gang gekommenen und breiter werdenden Diskussion um die Grundwerte der Partei leisten. Der im Godesberger Programm gesetzte Dreierkomplex von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität soll, auch und gerade mit Hilfe der Senioren, in allen Aspekten neu und gründlich durchdacht werden, weil diese Basis der Partei aus der Überlieferung der Tradition herüber für heute gesichert und für morgen fest verankert werden soll.

Carlo Schmid, für den sich nach einem ungemein aktiven und äußerst fruchtbaren politischen Leben als Vorsitzender des Seniorenrates der SPD ein neuer Auftrag von weit über den parteipolitischen Rahmen hinausreichender Bedeutung stellt, zog zu diesen Grundwertüberlegungen das Fazit: Das Schicksal des deutschen Volkes hängt davon ab, daß die Sozialdemokraten begreifen, was ihre Aufgabe ist. (ee/24.7.1974/ks/ee)

+ + +

Ein neuer Anfang für die Demokratie

Das plötzliche Ende der Militär-Junta in Griechenland

Die Athener Militärs haben Griechenland an den Rand des wirtschaftlichen und politischen Ruins gebracht. Ihre verantwortungslose Außenpolitik erreichte ihren Höhepunkt mit dem Putsch auf Zypern, einem Vorhaben, dem sie in keiner Weise mehr gewachsen waren. Und doch ist der Sturz der Athener Junta mehr als nur eine Folge der inneren Zerrissenheit. Das Ultimatum des Kommandeurs des III. Armeekorps in Nordgriechenland, General Davos, bewirkte für die Junta vor allem den "Verlust des einzigen Freundes, den sie auf der gesamten Welt noch hatte", so die Londoner "Times" - die Abkehr der USA.

Und damit ist heute zumindest eines ganz klar. Wenn die Großmächte in den vergangenen Wochen und Monaten den ernsthaften Versuch unternommen hätten, über Verbalismen hinaus sich konkret gegen die Athener Diktatur zu stellen, wenn man sich auf den massiven und geschlossenen Druck des Auslands gegen die Junta hätte einigen können, dann hätten 2.000 Zyprioten auf der Mittelmeerinsel ihr Leben nicht verlieren müssen, damit Griechenland zu normalen Verhältnissen zurückkehren konnte.

Dies alles ist bei den jüngsten Beratungen der Europäischen Gemeinschaft ebenso zum Ausdruck gekommen wie in der jahrelangen Kritik des amerikanischen Senats an der Administration. Die türkische Invasion auf Zypern und der praktisch in letzter Minute verhinderte Krieg zwischen Griechenland und der Türkei sind nicht nur, wie Willy Brandt festgestellt hat, für die westliche Allianz mehr als blamabel. Die Ereignisse auf Zypern hatten die Athener Militärs um den Rest ihrer eingeschränkten Handlungsfähigkeit beraubt. Wen hätten sie für die Friedensverhandlungen in Genf

präsentieren sollen, zumal der britische Außenminister Callaghan hatte durchblicken lassen, daß er mit den Vertretern der Junta kaum etwas zu diskutieren hätte?

So war Griechenland urplötzlich zum ersten Mal in seiner jüngsten Geschichte total isoliert und auf dem Tiefpunkt seines internationalen Prestiges angelangt. Auch der Terror des Brigadier Ioannisis, dieses Folterers der Militärpolizei, konnte nicht mehr aus der Sackgasse herausführen. Trotzdem hätte die Junta wieder nicht nachgegeben, wenn der Druck im Innern nicht unerträglich gewachsen wäre. In der Nacht vom Montag auf Dienstag stellte der Kommandeur des III. Armeekorps in Saloniki, General Davos, der Junta ein Ultimatum und forderte, daß im Laufe des Dienstag der ehemalige Regierungschef Karamanlis aus Paris zurückgeholt werden sollte, weil er sonst selbst handeln würde. Er verlangte die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit.

Staatspräsident General Gizikis sah sich gezwungen, Karamanlis zu holen, der bereits als Ministerpräsident vereidigt wurde. Als stellv. Ministerpräsident und Außenminister wird der bekannte Demokrat Prof. Georg Mavros, als Justizminister der in Heidelberg lehrende Jurist Prof. Georg Mangakis und als Verteidigungsminister der frühere Außenminister Averoff genannt.

Die neue Regierung hat die gleichen Aufgaben wie die erste Nachkriegsregierung Griechenlands: Sie muß dem Land erneut Kredit in der Welt verschaffen; sie muß die politischen Freiheiten wiederherstellen und freie Wahlen vorbereiten; sie muß normale Verhältnisse schaffen, die erzwingen, daß sich die Militärs wieder auf ihre eigentliche Funktion besinnen. Dies alles wird außerordentlich schwierig und nicht von heute auf morgen zu erreichen sein. Das griechische Volk atmet auf, obwohl es weiß, daß das, was gestern in Athen passiert ist, noch nicht mit der Demokratie gleichzusetzen ist. Es ist aber ein Anfang.

Basil P. Mathiopoulos  
(-/24.7.1974/ks/pr)

+ + +

Großes Interesse an wissenschaftlichem Austausch

Delegationen der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Polen und Rumänien

Von Dr. Carl-Heinz Schiel

Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Im Juni waren der Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Dr. C.H. Schiel, Prof. Fleischhauer (Anatomie), Bonn, Prof. Jacobsen (Politologie), Bonn, und Dr. Buntfuß, der zuständige Referent der DFG für Ost- und Südosteuropa, in Polen. Der Besuch erfolgte auf Einladung der polnischen Akademie der Wissenschaften, die im Januar eine Delegation nach Bonn zur Forschungsgemeinschaft und anderen Institutionen entsandt hatte. Die deutsche Delegation verhandelte in Warschau mit dem Generalsekretär der polnischen Akademie, Prof. Drlowski, und einigen führenden polnischen Wissenschaftlern über die Frage, wie eine engere Beziehung zwischen den Wissenschaftlern Polens und der Bundesrepublik zum gegenseitigen Nutzen und mit Bestand in die Wege geleitet werden könne. Das gleiche Thema wurde mit der selbständigen Abteilung der Akademie in Krakau behandelt.

Das Ende der Besprechungen bildete die Unterzeichnung eines Protokolls, in dem festgelegt wurde, daß beide Seiten ein Programm von jährlich "50-Mann-Wochen" für Kontaktreisen von Wissenschaftlern vereinbaren. Die praktische Verwirklichung dieser Übereinkunft wird so aussehen, daß jede Seite 50 Wissenschaftler im Jahr für jeweils eine Woche - oder eine jeweils größere Anzahl für kürzere Zeiträume - in das Land des Vertragspartners entsenden kann, damit sie dort an Ort und Stelle die Möglichkeit haben, beim Besuch von sie interessierenden Institutionen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen persönliche Kontakte zu den Wissenschaftlern der jeweils besuchten Institution zu knüpfen und Erfahrungen über Stand und Planung der Forschung in den Partnerinstituten zu sammeln. Sowohl die Mitglieder der polnischen Akademie als die der Delegation der Deutschen Forschungsgemeinschaft sind bei diesen Vereinbarungen davon ausgegangen, daß es sich hier um einen ersten Schritt der Kontaktnahme handeln soll. Beiden Seiten war klar, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit in der Wissenschaft nur möglich ist, wenn über die persönliche Bekanntschaft der Wissenschaftler beider Staaten untereinander und durch das Wissen über die jeweils laufenden Projekte die Voraussetzungen für gemeinsame Arbeiten geschaffen worden sind. So hofft man, daß schon in Kürze dem jetzigen Übereinkommen ein weiterer Schritt für gemeinsame Rundgespräche und schließlich auch für bilaterale Gemeinschaftsprojekte folgen können wird.

Die Delegation der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde auch vom Vizepräsidenten der Akademie, Prof. Nowacki, empfangen. Die Gespräche verliefen in einer äußerst angenehmen Atmosphäre. Es kann gesagt werden, daß auf seiten der polnischen Wissenschaftler die Bereitschaft und der Wunsch zu einer Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern der Bundesrepublik deutlich spürbar war. Bei den Unterhaltungen am Rande der Verhandlungen wurden die Themen über die gemeinsame leidvolle Vergangenheit nicht ausgespart. Auch hier zeigte sich, daß eine Bereitschaft zum Verständnis auf beiden Seiten bestand und das Verlangen nach der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit in den Hintergrund treten ließ. Die Mitglieder der Delegation der Forschungsgemeinschaft konnten feststellen, daß es eine Reihe interessanter Forschungsvorhaben auf verschiedenen Gebieten in Polen gibt, die deutschen Unternehmungen so parallel gelagert sind, daß man

von einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch gegenseitig mit Sicherheit erheblichen Nutzen haben wird. Diese schon bei einer so kurzen Reise sichtbar werdenden Ansatzpunkte lassen auch die Möglichkeit von deutsch-polnischen Gemeinschaftsprojekten als durchaus erstrebenswert erscheinen.

Während in den Gesprächen zwischen den Wissenschaftlern das Verlangen nach möglichst weitgehenden Kontakten und Vereinbarungen sichtbar wurde, konnte die Delegation bei den Gesprächen mit Vertretern der polnischen Regierung, insbesondere des Außenministeriums, die Beobachtung machen, daß dort weitere Schritte sehr stark von dem Abschluß eines Kulturabkommens zwischen den beiden Staaten abhängig gemacht werden. Es bestand aber zwischen allen Gesprächspartnern Einigkeit darüber, daß ein derartiges Kulturabkommen nur eine Generalklausel zu den wissenschaftlichen Kontakten beider Seiten enthalten sollte, wobei man die Regelung der Einzelheiten Verträgen zwischen den wissenschaftlichen Institutionen beider Länder überlassen sollte, damit eine Anpassung dieser leichter zu modifizierenden Kontrakte an die von der Sache her sich ergebenden Notwendigkeiten im jeweils richtigen Zeitpunkt mühelos erfolgen könne.

In diesem Monat besuchte der Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit Prof. Dr. von Eiff (Innere Medizin), Bonn, dem Leiter der Auslandsgruppe Dr. Wiercimok und dem Leiter des Referats Ost- und Südosteuropa Dr. Buntfuß, die Sozialistische Republik Rumänien. Die Reise geschah auf Grund einer Einladung der rumänischen Akademie der Wissenschaften. Die Delegation wurde vom Vizepräsidenten Titeica empfangen und verhandelte mit dem Generalsekretär der Akademie, Prof. Ciucu, der zugleich Rektor der Universität Bukarest ist, sowie dem Leiter der Auslandsabteilung der Akademie, Prof. Postelnicu, und einer Reihe von namhaften rumänischen Gelehrten. Gegenstand des Gesprächs war auch hier die Erweiterung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Forschern der Republik Rumänien und denen der Bundesrepublik Deutschland.

Dabei wurden auf rumänischer Seite an den Verhandlungen Vertreter der Medizinischen Akademie, der Akademie für Sozial- und Politikwissenschaften, des Nationalrats für Wissenschaft und Technologie und des Ministeriums für Unterricht beteiligt. Man kam überein, zunächst einmal die Berichte der einzelnen Institutionen über das letzte Jahr auszutauschen, um die Ansatzpunkte für gemeinsame Aktivitäten herausfinden zu können. Außerdem wurde in Aussicht genommen, bei einem Gegenbesuch, den eine Delegation der rumänischen Akademie Ende des Jahres auf Einladung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in der Bundesrepublik machen zu können hofft, ein Abkommen zu schließen, das neben der Möglichkeit von Kontaktreisen auch gemeinsame wissenschaftliche Rundgespräche wie auch möglicherweise bereits in ausgesuchten Gebieten bilaterale Forschungsunternehmungen zum Gegenstand haben soll. Um die Durchführung eines solchen Abkommens gewährleisten zu können, müssen beide Seiten noch mit ihren jeweiligen Geldgebern verhandeln, um die materiellen Voraussetzungen für die praktische Arbeit sicherzustellen.

Auch in Rumänien erfolgten die Gespräche in einer sehr angenehmen Atmosphäre. Von seiten der rumänischen Wissenschaftler besteht lebhaftes Interesse an Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit den Forschern der Bundesrepublik. Dies zeigte besonders die Diskussion nach einem Vortrag, den Prof. von Eiff über "Aktuelle Fragen der essentiellen Hypertonie" im Institut für innere Medizin "N.G. Lupu" in Bukarest hielt. Neben dem medizinischen Felde zeichneten sich sehr schnell gemeinsame Interessen in den Gebieten der Hydrologie, der Umweltwissenschaften, der Ingenieurwissenschaften und nicht zuletzt auch der Sozialwissenschaften ab. + + + (-/24.7.1974/ks/pr)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller